



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 08.12.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Stadtbibliothek, Zweigstelle Schlösslesfeld -
Darstellung Konzept

Vorl.Nr. 540/10

Beratungsverlauf:

Das Gremium spricht sich auf Nachfrage von EBM Seigfried dafür aus, die Tagesordnungspunkte Stadtbibliothek, Zweigstelle Schlösslesfeld -Darstellung Konzept und Zukünftige Förderung der Abenteuer- und Aktivspielplätze Ludwigsburg vorzuziehen.

EBM **Seigfried** geht auf die Gründe des Verwaltungsvorschlages die Zweigstelle Schlösslesfeld zu schließen unter Einbeziehung der Zweigstelle beim Bildungszentrum West und des Bücherbusses ein. Im Rahmen einer öffentlichen Diskussion vor Ort, habe sich abgezeichnet, durch das vorhandene und beachtliche ehrenamtliche Engagement das Einsparziel in Höhe von 30.000,-€ pro Jahr auch ohne Schließung der Zweigstelle Schlösslesfeld erreichen zu können. Dieses Engagement solle aus seiner Sicht eine Chance erhalten. Zwischenzeitlich sei absehbar, dass sich die Schulraumbedarfe im Betreuungsbereich der Schlösslesfeldschule erhöhten. Die Verwaltung habe für die heutige Sitzung deshalb keine Beschluss-, sondern lediglich eine Mitteilungsvorlage verfasst. Eine Entscheidung über die Zweigstelle Schlösslesfeld sei nach derzeitigem Verfahrensstand nicht möglich.

Herr **Stierle** (FB Bildung, Familie und Sport) stellt die in der Vorl.Nr. 540/10 beschriebenen Varianten 1 und 2 vor. Hinsichtlich der Zusage des Fördervereins einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebskosten der Zweigstelle Schlösslesfeld leisten zu wollen, erwarte er für das Jahr 2010 noch eine Einnahme.

Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie und Sport) beschreibt die Rahmenbedingungen der Schlösslesfeldschule. Anschließend geht sie auf die bemerkenswerte Entwicklung der Kernzeitenbetreuung ein. So hätten sich im Schuljahr 1993/94 insgesamt 10 Kinder für die Kernzeitenbetreuung angemeldet und 2010/11 seien es 186 Kinder, was auch einen erhöhten Raumbedarf zur Folge habe. Anhand von Lageplänen der einzelnen Stockwerke der Schlösslesfeldschule stellt Frau Karcheter die momentane Raumnutzung vor. Unter Berücksichtigung der Aufsiedelung des Wohngebietes Hartenecker Höhe, der Änderung des Klassenteilers, der absehbaren Zunahme der Kernzeitenbetreuung und der Einbeziehung der

Räume der Zweigstelle Schlösslesfeld, sei es nötig ein Raumkonzept für die Schlösslesfeldschule zu entwickeln. Sie bitte das Gremium dafür um ein entsprechendes Zeitkontingent.

EBM **Seigfried** stellt fest, es gebe drei positive Entwicklungen. Dies seien anhaltend hohe Kinderzahlen in Ludwigsburg, die Senkung des Klassenteilers und das ehrenamtliche Engagement für die Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld. Man strebe eine langfristige und keine provisorische Lösung an und habe dabei das Ziel den Bedürfnissen der Schlösslesfeldschule und der Stadtteilbibliothek Zweigstelle Schlösslesfeld gerecht zu werden. Gleichzeitig versuche man den engagierten Bürgern vor Ort die Chance zu ermöglichen ihr eigenes Konzept bei der Stadtteilbibliothek umzusetzen. An der Erreichung des Einsparzieles halte er weiterhin fest. Dies sei erforderlich um Handlungsspielräume in anderen wichtigen Bereichen sicherzustellen.

Stadtrat **Meyer** bedauert die zeitliche Verzögerung der für Mitte 2010 geplanten Entscheidung über die weitere Entwicklung der Zweigstelle Schlösslesfeld. Er schlägt vor, auch Räumlichkeiten in der näheren Umgebung der Schlösslesfeldschule zur Bedarfsdeckung in die Planungen mit einzubeziehen.

Stadtrat **von Stackelberg** bezeichnet den Standort der Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld als ideal aufgrund seiner räumlichen Nähe zur Hartenecker Höhe und der Schlösslesfeldschule. Zudem solle das hervorragende bürgerschaftliche Engagement für die Zweigstelle unterstützt werden, weshalb möglichst zeitnah ein möglicher Standort für die Zweigstelle gefunden werden müsse. Ferner sehe er in Anlehnung an die Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld auch für die Zweigstelle am Bildungszentrum West große Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und dadurch finanzielle Einsparungen. Er spreche sich für den Erhalt des Standortes der Stadtteilbibliothek in Schlösslesfeld aus und bitte die Verwaltung diesbezüglich um Vorschläge mit realisierbarem Zeitplan.

Stadträtin **Moersch** bedankt sich beim Förderverein Schlösslesfeldbibliothek e.V. für sein großes Engagement zum Erhalt der Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld. Die Zweigstelle leiste einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Lesekompetenz und Lesebegeisterung der Schüler, welche nach dem Ergebnis der letzten PISA-Studie unverzichtbar sei.

Stadträtin **Steinwand** regt an zu prüfen, inwieweit es möglich sei die Zweigstelle mittelfristig im Kinder- und Familienzentrum der Hartenecker Höhe anzusiedeln, falls die jetzigen Räumlichkeiten tatsächlich in die Nutzung der Schlösslesfeldschule übergehen sollen. Als ein Argument die Zweigstelle weiterzuführen, nennt sie ebenfalls das Ergebnis der PISA-Studie 2010.

EBM **Seigfried** merkt an, auch Grundschulen ohne Stadtteilbibliothek könnten Leseförderung betreiben. Entscheidende Faktoren für die Leseförderung der Kinder seien Eltern, Erzieherinnen, Lesepaten und Lehrer, die dazu ihren Beitrag leisten müssten.

Stadtrat **Heer** macht deutlich, die Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld sei in Frequenz und der Anzahl der Ausleihungen mit der Zweigstelle der Stadtbibliothek am BZW als gleichwertig anzusehen.

Seine Fraktion unterstütze im Antrag Vorl.Nr. 563/09 den Erhalt der Zweigstelle Schlösslesfeld. Ein erhöhter Raumbedarf der Schlösslesfeldschule aufgrund des geänderten Klassenteilers könne nicht automatisch die Schließung der Stadtteilbibliothek zur Folge haben. Möglicherweise könnten die, an der Schlösslesfeldschule angesiedelten, Grundschulförderklasse und Lese/Rechtschreibklasse, die nicht an die Schlösslesfeldschule gebunden seien, an eine andere Schule ausgelagert werden.

Stadträtin **Lange** merkt an, der zusätzliche Raumbedarf der Schlösslesfeldschule dürfe nicht als Argument für eine Schließung der Stadtteilbibliothek herangezogen werden. Sie könne sich, bevor es zu Schließung komme auch mit einer Notlösung einverstanden erklären.

EBM **Seigfried** teilt mit, Stadträtin Burkhardt sei nicht Mitglied des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und beanspruche als Antragstellerin des Antrages Vorl.Nr. 613/10 ein Rederecht. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, sei in einem vergleichbaren Fall deutlich gemacht worden, dass kein Rederecht bestehe, sondern es in der Zuständigkeit des Ausschusses liege, ein Rederecht einzuräumen. Jeder Gemeinderat habe die Möglichkeit an allen Sitzungen der Gremien teilzunehmen, habe aber nicht gleichzeitig ein Rederecht.

EBM **Seigfried** stellt die Frage an das Gremium, ob Stadträtin Burkhardt ein Rederecht erhalten soll. Diese wird mit eindeutiger Mehrheit von den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und nur 3 Ja-Stimmen, abgelehnt.

Frau **Karcheter** sagt zu, im März 2011 dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorzustellen.

TOP 1.1

Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 563/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 1.2 Erhalt der Bücherei im Schlöblesfeld
- Anfrage der Stadträtinnen Burkhardt und
Lange (LUBU) vom 03.02.2010

Vorl.Nr. 048/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 1.3 Antrag zur Schlöslesfeldbibliothek
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 604/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 1.4 Büchereiaußenstelle im Schlöblesfeld
- Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU)
und Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 613/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 1.5 Erhalt der Zweigstelle Schlöblesfeld der
Stadtbibliothek
- Antrag von Stadträtin Lange vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 628/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 2.1.

Durch Abstimmung über die Vorl.Nr. 640/10 hat sich Vorl.Nr. 496/10 erledigt.

Beschluss:**Geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Die Förderung der Ludwigsburger Aktivspielplätze wird im Jahr 2011 auf der Grundlage des Beschlusses des Gemeinderates vom 24.02.2010 (Vorlage 067/10) mit einem jeweiligen Abschlag von 5.000 € fortgesetzt.
2. Die Förderung für 2011 wird erstmalig verknüpft mit der Finanzierung im Rahmen eines „Matching Fonds“. Hierfür werden für jeden Verein max. 2.500 € zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte des ersten Halbjahrs 2011 für 2012 ff. einen Vorschlag vorzulegen, der die in der Vorlage 496/10 vorgestellten finanziellen und qualitativen Aspekte umfasst. Dabei sind folgende Bedingungen zu berücksichtigen:
 - Pauschale Basisfinanzierung
 - Zusatzfinanzierung im Rahmen erfüllter Leistungsvereinbarungen
 - Finanzierung in Form „Matching Fonds
 - Dynamisierung der Personalkosten anhand Vergütungsentwicklung des öffentlichen Dienstes (TVöD).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Karcheter** führt ein, die Aktivspielplätze und die Jugendfarm seien ein wichtiger Bestandteil des Jugendangebotes in Ludwigsburg. Die beschlossene Haushaltskonsolidierung fordere eine Reduzierung der finanziellen Förderung der Aktivspielplätze. Im Vergleich zu anderen Städten sei Ludwigsburg am besten mit Aktivspielplätzen ausgestattet. Anschließend geht sie auf den bisherigen Verlauf des Verfahrens, des am 10.02.2010 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossenen Verwaltungsauftrages, die bisherige Abmangelfinanzierung der Aktivspielplätze in eine pauschale Förderung unter Berücksichtigung der jeweiligen qualitativen und quantitativen Gegebenheiten zu überführen, ein.

EBM **Seigfried** merkt an, die Verwaltung habe den Auftrag im Jahr 2011 in diesem Bereich eine Einsparung von 10.000,-€ zu erzielen und gleichzeitig die Existenz der Aktivspielplätze zu sichern, in der Beschlussvorlage Nr. 640/10 umgesetzt. Den unterschiedlichen Angeboten der Spielplätze werde dahingehend Rechnung getragen, dass im Rahmen erfüllter Leistungsvereinbarungen eine Zusatzfinanzierung möglich sei. Durch die Einführung eines Matchingelements habe jeder Verein die Möglichkeit eine Förderung von der Stadt zu erreichen, die im Betrag, der Förderung im Jahr 2010 entspreche.

Stadträtin **Kopf** geht auf die in den Beschlussvorschlag eingearbeiteten Kriterien aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 01.12.2011 ein und hebt dabei die Absicherung der tatsächlichen Personalkosten und der Betriebskosten hervor. Sie spreche sich für die Einführung eines Matching Fonds aus und könne der Vorl.Nr. 640/10 zustimmen. Über den Inhalt einer Leistungsvereinbarung sei noch zu verhandeln. Notwendige Punkte seien darin aus ihrer Sicht, die Öffnungs- und Schließzeiten der Plätze, die Leistungen, die außerhalb des jeweiligen Aktivspielplatzes erbracht würden und deren Finanzierung.

Stadtrat **von Stackelberg** begründet seine Haltung gegen eine pauschale Förderung der Aktivspielplätze mit den unterschiedlichen Strukturen und Angeboten der Plätze. Er wünsche auch, die Umsetzung pädagogischer Konzepte der Aktivspielplätze in Bezug auf eine Förderung stärker zu berücksichtigen. Zum Inhalt einer Leistungsvereinbarung merke er an, seien aktuelle und vergleichbare Kriterien auszuarbeiten. Beispielsweise gebe es bei der Ferienbetreuung große Unterschiede bei den Angeboten und Gebühren unter den einzelnen Aktivspielplätzen. Gleichzeitig bestehe jetzt die Möglichkeit, die Angebotsstruktur der Aktivspielplätze unter Einbeziehung der Ganztagesbetreuung an Schulen und der Angebote der Jugendförderung, neu zu gestalten. In Bezug auf Einnahmen der Aktivspielplätze, die durch den Matching Fonds gefördert werden, solle auf die Jugendverträglichkeit der Maßnahmen geachtet werden und nennt als Negativbeispiel Alkoholverkauf auf dem Weihnachtsmarkt.

EBM **Seigfried** führt dazu an, der Ausschank von Alkohol sei nicht an eine Förderung durch den Matching-Fond gekoppelt. Er sehe den Alkoholverkauf grundsätzlich nicht als negativ an, vielmehr sei dabei immer die Frage, inwieweit Jüngere zu übermäßigem Alkoholkonsum angeregt würden.

Stadtrat **Kirnbauer** teilt mit, er könne der Vorl.Nr. 640/10 zustimmen.

Stadtrat **Dr. Vierling** bezeichnet die an den Aktivspielplätzen geleistete Arbeit als ein Teil der städtischen Pflichtaufgabe Kinder- und Jugendförderung. Die Aktivspielplätze könnten den Kindern beispielsweise handwerkliche und soziale Erfahrungen bieten, die sie andernorts nicht machen könnten. Dies wiederum erfordere sozialpädagogisch qualifiziertes Personal und eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Eine Finanzierung über einen Matching Fonds sehe er dabei nicht als geeignet an. Vielmehr könne es dadurch zu einer Auszahlung von öffentlichen Mitteln über den Bedarf eines Aktivspielplatzes kommen, was gegen die Haushaltsgrundsätze der Subsidiarität und Sparsamkeit spreche. Er sei für ein Finanzierungsmodell, welches das Funktionieren der Aktivspielplätze mit öffentlichen Mitteln sichere und gleichzeitig den Anreiz setze, private Mittel einzuwerben. Ein solcher Anreiz könne auch gesetzt werden, indem man die städtische Förderung nicht in gleicher Höhe senke, wie private Mittel eingenommen werden könnten, was im Vergleich zum vorgeschlagenen Finanzierungssystem bedeute, der öffentliche Grundzuschuss werde um weniger als einen Euro reduziert anstatt mit einem weiteren Euro gefördert. Diese Vorgehensweise werde im Zusammenhang von Grenzzugssätzen bei Sozialleistungen an individuelle Empfänger diskutiert.

Stadtrat **Heer** könnte sich auch in anderen Bereichen eine Finanzierung in Form eines Matching Fonds vorstellen. Im Zusammenhang mit der Erstellung von Leistungsvereinbarungen sei es wichtig, klare Bedingungen für die Aktivspielplätze aufzustellen. Zum Thema Alkohol wolle er anmerken, dass bei Sommerfesten auf den Aktivspielplätzen selber, auch Alkohol ausgeschenkt werde, allerdings nicht an Jugendliche.

Stadträtin **Lange** stellt den Antrag mit Vorl.Nr. 641/10. In Ziffer 2 des Antrages beantrage sie abweichend, entsprechend dem Verwaltungsvorschlag in Vorl.Nr. 640/10 den Betrag des Matching Fonds auf maximal 2.500,-€ zu setzen. Anschließend begründet sie ihren Antrag.

EBM **Seigfried** stellt den von Stadträtin Lange gestellten, abweichenden Antrag Vorl.Nr. 641/10 zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadträtinnen **Klett-Heuchert** und **Steinwand** teilen mit, sie stimmten der Vorl.Nr. 640/10 vorbehaltlich zu. Die Förderung durch einen Matching Fonds könnten sie nicht gut heißen.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 640/10 zur Abstimmung.

TOP 2.1.1 Erhalt der vier Ludwigsburger Aktivspielplätze
- Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU)
und Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 615/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 2.1.

TOP 2.1.2 Zukünftige Förderung der Abenteuer- und
Aktivspielplätze in Ludwigsburg
- Antrag der Stadträtin Lange vom 29.11.2010

Vorl.Nr. 641/10

Abweichender Beschluss:

1. Die Förderung der Ludwigsburger Aktivspielplätze und der Jugendfarm erfolgt ab 2011 dauerhaft auf der Grundlage einer verlässlichen Basis in Höhe von 60.000 Euro."
2. Darüber hinaus kann auf der Basis des von der Stadt beschriebenen „Matching Fonds“ dieser Fonds von jedem Träger bis zu einer Höhe von maximal 2.500 Euro in Anspruch genommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** ändert ihren Antrag Vorl.Nr. 641/10 in Ziffer 2 ab, indem sie den Betrag von 10.000,-€ durch 2.500,-€ ersetzt.

EBM **Seigfried** stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) teilt mit, aufgrund der Steuerschätzung im November und einer Anfang 2011 fällig werdenden Gewerbesteuernachzahlung könne die negative Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt von 15,5 Mio. € auf 5,6 Mio € im Planansatz 2011 reduziert werden. Allerdings führe diese positive Entwicklung der Gewerbesteuereinnahme in den Jahren 2012 und 2013 zu höheren Umlagen, weshalb die Stadt von einem Euro Gewerbesteuer letztlich 23 Cent effektiv einnehme. Nach Berücksichtigung weiterer Einsparungen, die in der gestrigen Sitzung des WKV Zustimmung gefunden hätten, könne die geplante Rücklagenentnahme von 18,2 Mio € auf 13,2 Mio. € reduziert werden. Weiter schlage die Verwaltung vor, 2011 auf Kreditaufnahmen zu verzichten. Er weise darauf hin, dass die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt auch nach Berücksichtigung der Mehreinnahmen negativ sei und der Haushalt keine weiteren Spielräume für zusätzliche Ausgaben biete. Er merke an, in der mittelfristigen Haushaltsplanung seien jeweils globale Minderausgaben veranschlagt, die noch durch bestimmte Maßnahmen zu konkretisieren seien.

Fahrplan Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 08.12.2010

FB 17 UA 4390 S. 64 Konzentration der Integrations-/Migrationsangebote

EBM **Seigfried** stellt fest, zum Fachbereich 17 gebe es eine Anmerkung aus der Gemeinderatsklausur zur Konzentration der Integrations- und Migrationsangebote. Er erläutert, die Stadtverwaltung habe einen Integrationsbeauftragten. Daneben gebe es Angebote der Jugend- und Erwachsenenmigrationsdienste der freien Träger, die vom Bund festgelegte Beratungsaufgaben für spezielle Zielgruppen leisteten. Mit Zustimmung des Gremiums fährt er in der Reihenfolge des Fahrplans fort.

FB 32 UA 1100 S. 69 Prüfauftrag 32/08 - Verwarnungsbereich/Schichtpläne

Herr **Kiedaisch** teilt mit, es werde zu diesem Thema derzeit eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Gleichzeitig stehe der Prüfauftrag in Zusammenhang mit dem geplanten Parkraumkonzept. Er gehe davon aus, dass die Ergebnisse im 1. Halbjahr 2011 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Beratung vorgestellt werden.

FB 32 UA 1300 S. 71 Prüfauftrag 32/06 - Integrierte Leitstelle

EBM **Seigfried** führt aus, durch eine Entscheidung des Landkreises, die allen bekannt sei, verschiebe sich die Einrichtung der Integrierten Leitstelle voraussichtlich auf 2013.

FB 33 UA 0500 S. 76 Prüfauftrag 33/16 - Veränderungen beim Familien- und Sozialpass

EBM Seigfried merkt an, der Prüfauftrag sei bereits abgearbeitet.

FB 33 UA 0500 S. 76 Prüfauftrag 33/05 - Reduzierung Öffnungszeiten Geschäftsstellen Poppenweiler/Neckarweihingen

EBM **Seigfried** teilt mit, der hierzu im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales gefasste Beschluss werde umgesetzt.

FB 48 UA 2000 S. 81 Prüfung Schulsekretariate

EBM **Seigfried** sagt, dieses Thema werde im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales so bald wie möglich vorgestellt und beraten werden.

FB 48 UA 2000 S. 81 Prüfung Sachausgaben Schulen/interner Benchmark

EBM **Seigfried** teilt mit, der Prüfauftrag sei noch nicht abgeschlossen.

FB 48 UA 2950 S. 95 Prüfung (moderate)Erhöhung Essenspreise

EBM **Seigfried** stellt fest, es bestehe kein weiterer Beratungsbedarf.

FB 48 UA 3500 S. 96 Prüfauftrag K 48/02 - Zusammenlegung städtische VHS mit Schiller-VHS und aus der Gemeinderatsklausur

Nach einem kurzen Meinungs austausch über die Zuständigkeit der Gremien Ältestenrat und Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zwischen EBM Seigfried und Stadtrat Herrmann, teilt EBM **Seigfried** mit, die Verwaltung werde das Ergebnis des Prüfauftrages in naher Zukunft im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Beratung vorstellen.

FB 48 UA 3500 S. 96 Grk - Prüfung Gebühren VHS

EBM **Seigfried** merkt an, dieser Prüfauftrag stehe in engem Zusammenhang zum Prüfauftrag K 48/02. Die Gebühren der beiden Volkshochschulen seien identisch, woran derzeit kein Änderungsbedarf bestehe.

FB 48 UA 4391 S. 99 Grk - Effizienzprüfung Sprachförderung

EBM **Seigfried** informiert, die Stadtverwaltung und verschiedene freie Träger hätten sich um die Aufnahme in ein neues Förderprogramm beworben, durch welches bundesweit 4000 Kindertageseinrichtungen im Bereich der Sprachförderung unterstützt werden sollen. Weitere Beratungen erfolgten im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales.

FB 48 UA 4600 S. 100 Prüfauftrag K 48/11 - Strukturelle Veränderungen der Jugendförderung/-Häuser/-Stadtteilcafes

EBM **Seigfried** teilt mit, dieses Thema werde im Frühjahr 2011 in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Beratung eingebracht.

FB 48 UA 4601 S. 101 GrK Prüfung Leistungsvereinbarungen Aktivspielplatzvereine

EBM **Seigfried** führt aus, dieses Thema werde im Frühjahr 2011 in Zusammenhang mit dem Prüfauftrag 48/11 - Strukturelle Veränderungen der Jugendförderung/-Häuser/-Stadtteilcafes in den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zur Beratung eingebracht.

FB 48 UA 464+ GrK Prüfung Zuschussbedarf KiTas

EBM **Seigfried** erläutert, der bestehende Kindergartenvertrag mit den freien Trägern laufe Ende 2011 aus, und es stünden neue Verhandlungen an. Über die Entwicklung und Ergebnisse werde zeitnah im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales berichtet.

FB 48 UA 464+ GrK Prüfung Ausbau U3 (Kostenreduzierung)

EBM **Seigfried** teilt mit, es bestehe in der anstehenden Klausur am 15.01.2011 die Möglichkeit dieses Thema zu beraten.

FB 48 UA 5500 S. 105 Prüfauftrag K 48/21 - Förderkonzeption Sportrichtlinie

EBM **Seigfried** sagt, die Verwaltung arbeite die neuen Förderrichtlinien aus und werde diese nach Fertigstellung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorstellen.

Vermögenshaushalt

FB 48 UA 1100 S. 14/37 GrK Prüfung Radaranlagen

Siehe Beratungsverlauf Vorl.Nr. 622/10 TOP einfügen

FB 48 UA 1300 S.15/37 GrK Reduzierung Ausstattung/Fuhrpark Feuerwehr möglich?

Siehe Beratungsverlauf Vorl.Nr. 563/10; 548/10 und 564/10

FB 28 UA 2000 S. 18/38 GrK Streckung Brandschutzprogramm

Frau Barnert (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet, der erste Teil der erhöhten Brandschutzanforderungen sei bereits abgearbeitet worden. Im zweiten Schritt seien von der Feuerwehr und der Bauaufsicht für die Schulen Friedrich-Schiller-Gymnasium, Silcherschule, Oststadtschule I und Hirschbergschule Zeitziele für die Umsetzung des Brandschutzprogramms gesetzt worden. Nachdem an den Schulen nur in den Ferien gearbeitet werden könne, dauerten die Maßnahmen an manchen Schulen länger als ein Jahr. Der Planansatz 2011 von 1,2 Mio. € setze sich aus den Teilsummen für die Maßnahmen der einzelnen Gebäude zusammen.

FB 48 UA 2000 S. 18/38 GrK Streckung Amokprävention

EBM **Seigfried** teilt mit, auch hier sei ein Betrag im Haushaltsplan 2011 für verschiedene Maßnahmen angesetzt worden.

FB 48 UA 2000 S. 18/38 ÄV 2.2300.3610.000-002 Gesamtmaßnahme

2.250.000,-€, bisher sind nur 800.000,-€ eingegangen

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) teilt mit, dieser Ansatz betreffe die Königin-Olga-Kaserne. Die Gesamteinnahmen der Maßnahme aus dem Konjunkturpaket seien bereits im Haushaltsplan 2010 eingestellt gewesen, die Resteinnahmen würden jetzt im Haushaltsplan 2011 neu angesetzt.

FB 48 UA 2000 S. 18/38 ÄV 2.2300.9850.000-002 Gesamtmaßnahme

3.000.000,-€, bisher sind nur 1.000.000,-€ abgeflossen

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) teilt mit, dieser Ansatz betreffe die Königin-Olga-Kaserne. Die Ausgaben der Maßnahme aus dem Konjunkturpaket sei im Haushaltsplan 2011 neu angesetzt worden, weil 2009 kein Haushaltsrest gebildet worden sei.

FB 48 UA 4641 S. 45/55 ÄV 2.4641.9410.670-0101 bisherige Mittel

einschließlich möglicher Haushaltsreste reichen aus - 50.000,-€

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) führt aus, es handle sich hier um den Ansatz für die Herstellung der Außenanlagen der Charlottenkrippe. Laut Auskunft des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen könnte dieser Betrag aus dem laufenden in das kommende Haushaltsjahr übertragen werden. Ein Planansatz in 2011 erübrige sich dadurch.

FB 48 UA 5610 S. 52/58 GrK Neubau Kleinspielfeld Sportpark Ost

EBM **Seigfried** merkt an, der Neubau Kleinspielfeld Sportpark Ost werde bei den künftigen

Beratungen zum Sportpark Ost Konzept einbezogen.

FB 48 UA 5610 S. 53/59 GrK Turnhalle Ostertagstraße (Bedarf/Kosten)

EBM **Seigfried** teilt mit, das Projekt sei im Finanzplan für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 eingeplant.

TOP 3.1 Haushaltsplan 2011 - Entwurf (ANLAGE) Vorl.Nr. 418/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.

TOP 3.2 Ausweitung der Ampelabschaltungen in den Vorl.Nr. 588/10
Nachtstunden und am Wochenende
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24.11.2010

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) teilt mit, man werde wo möglich in Teilbereichen am Wochenende die nächtliche Aussetzung der Ampelanlagen verlängern. Er gibt gleichzeitig zu Bedenken, dass es immer zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen und den Sicherheitsbedürfnissen abzuwägen gelte.

EBM **Seigfried** stellt fest, in der heutigen Sitzung könnten keine konkreten Einsparbeträge genannt werden, weitere Beratungen würden im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erfolgen.

TOP 3.3 Beibehaltung der Zuschüsse für Vorl.Nr. 546/10
Schullandheimaufenthalte und Studienfahrten
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2010

Beschluss:

Die für das Schuljahr 2010/11 vorgesehene Aussetzung der Zuschüsse für Schullandheimaufenthalte und Studienfahrten werden aufgehoben. Die Zuschüsse werden in der bisherigen Höhe fortgeschrieben.

betroffene Finanzposition: im Einzelplan 2 Unterabschnitt 6061.000 (Seite 82ff gelb)
Betrag: 23.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Das Gremium und die Verwaltung diskutieren eingehend über die Notwendigkeit eines Deckungsvorschlags, einer teilweisen Einsetzung der geplanten Einnahmen aus der Vergnügungssteuer oder einer haushaltsrechtlicher Sperre in Höhe von 21.000,-€, sowie über das allgemeine haushaltsrechtliche Verfahren.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Frage zur Abstimmung, ob 21.000,-€ für Schullandheimaufenthalte in den Haushalt 2011 aufgenommen werden sollen.
Vorl.Nr. 546/10 zur Abstimmung.

TOP 3.4	Schullandheimaufenthalte - Antrag der StRin Burkhardt (LUBU) und des StR Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 612/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.3.

TOP 3.5	Zuschüsse Schullandheimaufenthalte - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 583/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 3.3.

Abweichender Beschluss:

25.000,-€ des Planansatzes für Lehr- und Unterrichtsmittel in Höhe von 135.500,00 EUR im Jahre 2011 werden mit einem Sperrvermerk versehen.

betroffene Finanzposition: 1.2300.5910

Seite: 90 (gelb)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Weiss** begründet den Antrag der Fraktion Freie Wähler. Man habe festgestellt, dass in Gemeinden, die eine pauschale Budgetierung bei den Lehr- und Lernmitteln an Gymnasien praktizierten, weniger Finanzmittel benötigt würden, als in Ludwigsburg.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) geht auf die Rahmenbedingungen beim Zustandekommen des Planansatzes für Lehr- und Unterrichtsmittel ein. Letztlich seien bei dieser Finanzposition 28,-€ pro Schüler und Jahr, sowie 120,-€ pro Klasse und Jahr als Fallpauschale angenommen worden.

Stadtrat **Weiss** ändert den Antrag Vorl.Nr. 560/10 inhaltlich dahingehend ab, dass der Planansatz nicht um 25.000,-€ gekürzt, sondern in gleicher Höhe mit einem Sperrvermerk versehen werden solle. Gleichzeitig bitte er die Verwaltung in Kürze zu dieser Thematik zu berichten.

Die Stadträtinnen **Kopf** und **Moersch**, sowie die Stadträte Dr. **Vierling** und **Heer** bringen deutlich zum Ausdruck, dass sie dem von Stadtrat Weiss gestellten abweichenden Antrag nicht zustimmen werden.

Stadtrat Dr. **Bohn** bittet um eine Darstellung, aus welchen Positionen sich der Planansatz für Lehr- und Unterrichtsmittel und die unterschiedlichen Höhen bestimmter Schularten zustande komme. Hinsichtlich der Haushaltssituation sei kritisch zu hinterfragen, ob Gewohntes einfach fortgeschrieben werden könne. Eine Kürzung des Planansatzes befürworte er nicht, einen Sperrvermerk halte er für möglich.

Stadtrat **Kirnbauer** spricht sich für den abweichenden Antrag von Stadtrat Weiss aus und fordert bei dieser Vorgehensweise nach 6 Monaten einen Bericht seitens der Verwaltung über die Entwicklung der Inanspruchnahme der Haushaltsmittel in diesem Bereich.

EBM **Seigfried** stellt fest, es bestehe allgemein der Bedarf an Information über die Zusammensetzung der Mittel und einem Vergleich mit anderen Städten. Er sagt dem Gremium zu, die Verwaltung werde diese in einer Informationsvorlage aufbereiten und präsentieren.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** den von Stadtrat Weiss gestellten abweichenden Antrag zur Abstimmung.

TOP 3.7	Zusammenlegung der Volkshochschule der Stadt Ludwigsburg mit der Schiller-Volkshochschule des Landkreises Ludwigsburg - Antrag der FW-Fraktion vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 573/09
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** teilt mit, die Verwaltung werde in einer Sitzung des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales so bald wie möglich einen Zwischenbericht zum Verfahrensstand der Zusammenlegung beider Volkshochschulen abgeben.

TOP 3.8	Antrag zur Schlösslesfeldbibliothek - Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 604/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 3.9	Büchereiaußenstelle im Schlößlesfeld - Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 613/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 3.10 Erhalt der Zweigstelle Schlößlesfeld der
 Stadtbibliothek
 - Antrag von Stadträtin Lange vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 628/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 3.11 Stadtteilbibliothek Schlösslesfeld
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 563/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 1.

TOP 3.12 Jugendförderung in Neckarweihingen und
 Poppenweiler
 - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 597/10

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt fest, die Vorl.Nr. 597/10 stehe in engem Zusammenhang zum Prüfauftrag 48/11, der im Frühjahr 2011 in die Beratungen des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales eingebracht werde.

Beratungsverlauf:

Stadtrat Dr. **Vierling** geht auf die Begründung des Antrages mit der Vorl.Nr. 593/10 ein.

Stadträtin **Kopf** sieht die Notwendigkeit der weiteren Beschäftigung der Heilpädagogin im Kinder- und Familienzentrum Sonnenberg als gegeben an. Sie teilt mit, der Träger dieser heilpädagogischen Maßnahme habe bei der Bürgerstiftung einen Antrag zur Finanzierung dieser Stelle für die nächsten drei Jahre beantragt. Aufgrund dieser möglichen Alternativfinanzierung könne sie dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht zustimmen.

Die Stadträte Dr. **Bohn** und **Heer** sprechen sich für die Finanzierung einer Heilpädagogin im Kinder- und Familienzentrum Sonnenberg durch die Bürgerstiftung aus.

EBM **Seigfried** meint, er könne sich vorstellen, dass die Bürgerstiftung dem Antrag unter den bestehenden Voraussetzungen stattgeben werde.

Stadtrat Dr. **Vierling** zieht den Antrag mit der Vorl.Nr. 593/10 zurück. Zusätzlich erklärt er zu Protokoll, man gehe davon aus, dass die städtischen Vertreter im Stiftungsrat der Bürgerstiftung sich dafür einsetzen werden, dass über dieses Instrument das Projekt, wenn auch modifiziert, aber dem Wesen nach fortgeführt wird.

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg richtet eine neue Personalstelle für die Schulsozialarbeit ein. Damit wird der im Jahr 2007 beschlossene Vertrag über die Schulsozialarbeit in Ludwigsburg fortgeschrieben und den veränderten Rahmenbedingungen (u.a. seit 2009 6 neue Klassen in der Hirschbergschule) angepasst.

Betroffene Finanzposition: 1.4601

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** informiert, der CVJM habe erklärt, er würde sich mit 12.000,-€ an einer 50%-Personalstelle für Schulsozialarbeit an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule auf Dauer beteiligen. Eine solche Stelle schlage im städtischen Haushalt mit insgesamt 33.000,-€ zu buche, was eine Zusatzfinanzierung von 21.000,-€ bedeute.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 611/10 zur Abstimmung.

TOP 3.15

Stärkung der Schulsozialarbeit in
Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe
- Antrag von Stadträtin Lange vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 629/10

Beschluss:

Die schulbegleitende Jugendsozialarbeit (Oase-Soziale Integration in Gemeinwesen und Schule) in Grünbühl/Sonnenberg/Karlshöhe wird mit einer zweiten halben Stelle gefördert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 4601-Sonstige Förderung der Jugendhilfe
(Verwaltungshaushalt)
Gruppierungsnummer 7006.000 (Seite 101)

Betrag: 64.500 Euro mehr 32.500 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 2 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 629/10 zur Abstimmung.

TOP 3.16

Erhalt der vier Ludwigsburger Aktivspielplätze
- Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU)
und Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 615/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 2 bis 2.1.2.

TOP 3.17

Zukünftige Förderung der Abenteuer- und
Aktivspielplätze in Ludwigsburg
- Antrag der Stadträtin Lange vom 29.11.2010

Vorl.Nr. 641/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 2 bis 2.1.2.

TOP 3.18

Umwandlung von Hortplätzen in Krippenplätze
(Vorl.Nr. 356/10)
- Antrag der StRin Burkhardt (LUBU) und StR
Hillenbrand (Linke) vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 614/10

Beschluss:

Die Ganztagsbetreuung der Kinder im Grundschulalter muss zeitlich und in guter Qualität gesichert sein, bevor die bestehenden Horte in Betreuungseinrichtungen für U3-Kinder umgewandelt werden.

Betroffene Finanzposition: 1.4641

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 614/10 zur Abstimmung.

Beschluss:

Die vor 2 Jahren um 5 % gekürzte allgemeine Förderung der Zuschüsse an Vereine und Verbände in der Musikpflege und im Sport wird aufgehoben.

betroffene Finanzpositionen: 1.3320.7000 und 1.5500.7000

Seiten: 45 und 105 (gelb)

Betrag: ca. 30.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Weiss** verweist auf seine Ausführungen zu diesem Antrag in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 07.12.2010 und bittet im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales ebenfalls um Abstimmung.

Stadtrat **Herrmann** führt aus, aufgrund der aktuellen Haushaltslage, die voraussichtlich im nächsten Jahr noch nicht besser sei und der Gleichbehandlung aller Betroffenen, solle der Vorl.Nr. 581/10 nicht zugestimmt werden.

Stadtrat Dr. **Bohn** verweist ebenfalls auf die Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 07.12.2010 und appelliert im Zuge der Gleichstellung an das Verständnis der Vereine für die Beibehaltung der 5%-igen Kürzung der allgemeinen Förderung der Zuschüsse an Vereine und Verbände in der Musikpflege und im Sport.

In einer kurzen Diskussion werden die Existenzgefährdung von betroffenen Vereinen und eine Beschädigung des Ehrenamtes durch die Kürzung der Förderung von Musikpflege, Gesundheit, Sport und Erholung erörtert. Ferner kommt zum Ausdruck, dass diese aufgehoben werden soll, sobald die Haushaltslage dies erlaube.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 581/10 zur Abstimmung.

Abweichender Beschluss:

Um das erfolgreiche Netzwerk Ludwigsburger Sportförderung zu stärken und dauerhaft abzusichern, wird in den Jahren 2011 bis 2013 für das Sport-Vollzeitinternat (SPIN) ein Betrag in Höhe von je 30.000,-€ in den Haushaltsplan eingestellt. In diesem Zeitraum soll eine Abmangelfinanzierung von bis zu 30.000,-€ pro Jahr gewährt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Herrmann** stellt fest, die Finanzierung der am 01.12.2010 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales abweichend beschlossenen Vorl.Nr. 491/10 sei durch den Gesamthaushalt gewährleistet. Als Beispiel nennt er Mehreinnahmen und die Vergnügungssteuer.

EBM **Seigfried** stellt den abweichenden Beschluss vom 01.12.2010 im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Vorl.Nr. 491/10 zur Abstimmung.

Beschluss:

Für die Benutzung der Hallen und Sportplätze wird den Sportvereinen die Pacht oder Miete um 10% erhöht.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 5610
Betrag: Mehreinnahmen von ca. 20 000,--EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Die Stadträte **Herrmann, von Stackelberg, Weiss** und **Heer** äußern sich eindeutig gegen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und führen aus, die Vereine würden durch eine Miet-/Pachterhöhung doppelt belastet und in ihrer Existenz gefährdet.

Stadtrat Dr. **Vierling** teilt mit, in Anbetracht der negativen Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt und einer Rücklagenentnahme von 13,2 Mio € im Haushaltsjahr 2011 sei der Antrag Vorl.Nr. 598/10 ein moderater Beitrag zum Abbau einer Übersubventionierung. Eine Erhöhung der Miete/Pacht für die Benutzung von Sporthallen und -plätzen um 10% bedeute in absoluten Zahlen eine Erhöhung um 5,9 Cent pro Stunde und Verein.

EBM **Seigfried** führt aus, im Zuge der Haushaltshaltsberatungen 2009 seien die Pachten für Sportplätze bereits erhöht worden, was 2010 zu Mehreinnahmen von 25.000,-€ geführt habe. Er sehe es für die Vereine als unverträglich an, bereits 2011 eine erneute Erhöhung der Pachten vorzunehmen.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 598/10 zur Abstimmung.

TOP 3.22

Entlastung des öffentlichen Haushalts durch vermehrtes privates Sponsoring von Vereinen und Verbänden
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 606/10

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** informiert die Verwaltung plane ein Projekt zur Verbesserung der Fundraisingkompetenz in Vereinen, über das in Kürze im Stiftungsrat der Bürgerstiftung entschieden werden solle.

Stadtrat **Heer** zieht den Antrag mit der Vorl.Nr. 606/10 zurück.

Beratungsverlauf:

Stadträtin **Lange** führt aus, viele ältere Menschen seien gezwungen ins Pflegeheim zu gehen, weil ihre Wohnung nicht barrierefrei sei. Mit ihrem Antrag wolle sie einen Anreiz für Wohnungseigentümer bieten, vorhandene Wohnungen barrierefrei umzubauen.

EBM **Seigfried** schlägt vor, den Antrag Vorl.Nr. 631/10 in den Beirat Kinder, Jugend und Soziales zur Aufarbeitung einzubringen. Es gebe auch eine Wohnungsanpassungsberatung.

Stadtrat **Meyer** meint, es gebe bereits viele Möglichkeiten für Wohnungseigentümer eine Förderung für barrierefreie Wohnungen zu erhalten. Im Zusammenhang mit der Abschaffung des Baukindergeldes, halte er es für kein gutes Signal eine gesonderte Förderung für barrierefreies Wohnen einzurichten.

Stadtrat Dr. **Bohn** könnte sich vorstellen, der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) ein Sonderprogramm für barrierefreies Wohnen vorzuschlagen.

Stadtrat **Weiss** schlägt vor, den Antrag heute zurückzustellen und in einer Klausur des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales oder im Beirat Kinder, Jugend und Soziales weiter zu entwickeln.

Stadtrat Dr. **Vierling** sagt zu, dieses Thema in die im Januar 2011 stattfindende Strategieklausur des Aufsichtsrates der WBL einzubringen. Der Antrag sei in den Haushaltsberatungen nicht weiter umsetzbar.

Stadträtin **Lange** stellt ihren Antrag zur späteren Beratung zurück.

EBM **Seigfried** sagt zu, die Verwaltung bereite dieses Thema für die Beratung des Beirates Kinder, Jugend und Soziales vor.

Beschluss:

Bei der vorgesehenen Aufrüstung von Radaranlagen in der Stadt wird der Haushaltsansatz von bisher 92.400 Euro um 42.400 Euro auf 50.000 Euro verringert.

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 1100-Sicherheit und Ordnung (Verm.HH)
Gruppierungsnummer 9351.000 (Seite 14)

Betrag: 50.000 Euro weniger 42.400 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer
 Stadträtin Klett-Heuchert

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass die Anzahl der Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung eher mehr als weniger Radaranlagen erforderlich mache.

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert, es würden derzeit vorhandene Anlagen modernisiert und optimiert, was auf Dauer zu Kosteneinsparungen führe. Ferner habe man dadurch große Verbesserungen bei der Auswertung der Aufnahmen und der Aufstellung der Radaranlagen erzielen können.

Nach einer kurzen Diskussion über die Effektivität von Radaranlagen und Displays stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 622/10 zur Abstimmung.

TOP 3.25	Feuerwehr - Neuanschaffung von Geräten und Maschinen - Antrag der FW-Fraktion vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 563/10
----------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung) führt aus, der gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 um 50.000,-€ höhere Planansatz in 2011 erkläre sich durch anstehende Reparaturkosten an der Schlauchwaschanlage mit 30.000,-€ und der Atemschutzanlage mit 20.000,-€.

Stadtrat **Kirnbauer** zieht den Antrag mit der Vorl.Nr. 563/10 zurück

Abweichender Beschluss:

Für die Beschaffung der Neufahrzeuge für die Feuerwehr wird im Haushalt 2011 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000,-€ eingestellt.

betroffene Finanzposition: 2.1300.9352.000 (Seite 15 grün)
Betrag: 450.000 EUR und 750.000 Euro Verpflichtungsermächtigung

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert, es handle sich bei der Beschaffung von Neufahrzeugen für die Feuerwehr um die Anschaffung einer Drehleiter und nimmt Bezug auf die Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 20.10.2010.

Herr **Thoß** (FB Sicherheit und Ordnung) teilt mit, hinsichtlich der technischen Anforderungen des Ersatzfahrzeuges wolle man sich, abgesehen von 2 Ausnahmen, grundsätzlich an die DIN-Norm halten. Als Sonderausstattung seien ein automatisiertes Getriebe zur besseren Fahrsicherheit und eine gesonderte Programmierung für die Tiefenrettung von 2.500,-€ geplant. Bezüglich der Prüfung der Anschaffungskosten liege der Ansatz heute bei 600.000,-€, wovon 373.000,-€ durch Fremdförderung gedeckt werden könnten, sodass letztlich ein Bedarf von 227.000,-€ bei der Stadt verbliebe. Zur Alternative der Beschaffung eines Teleskopmastes, habe das Regierungspräsidium Stuttgart von einer Bezuschussung Abstand genommen. Die bundesweite Prüfung einer interkommunalen Beschaffung habe ergeben, dass lediglich der Kreisfeuerlöschverband Biberach für die kommenden 2 Jahre den Erwerb von 2 Drehleitern plane. Man werde prüfen, ob ein gemeinsamer Großauftrag zustande kommen könne um einen günstigeren Anschaffungspreis zu erzielen. In Absprache mit der Revision bestehe die Möglichkeit den Erwerb eines Vorführfahrzeuges als gleichwertige Maßnahme in eine europaweite Ausschreibung mit aufzunehmen, die man auch nutzen wolle.

EBM **Seigfried** stellt fest, wolle man eine Drehleiter beschaffen, müssten nach den Ausführungen von Herrn Thoß zweimal 300.000,-€ brutto in den Haushalt und dem gegenüber 337.000,-€ Fördermittel eingestellt werden.

Die Stadträte **Herrmann**, Dr. **Bohn** und **Kirnbauer** sprechen sich grundsätzlich für eine Zurückstellung der Anschaffung einer Drehleiter in das Jahr 2012 aus. Im Rahmen der Beratungen zum Nachtragshaushalt solle erneut über die Beschaffung diskutiert werden. Über die Notwendigkeit der Anschaffung bestünden keine Zweifel.

Nach einer kurzen Erläuterung über die Auswirkungen von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan durch Herrn Kiedaisch (FB Finanzen), ändert Stadtrat **Herrmann** den Antrag mit der Vorl.Nr. 548/10 dahingehend ab, dass im Haushalt 2011 eine Verpflichtungsermächtigung von 300.000,-€ für die Beschaffung einer Drehleiter belassen werden soll.

EBM **Seigfried** stellt den von Stadtrat Herrmann abweichenden Antrag zur Abstimmung.

TOP 3.27	Feuerwehr - Beschaffung von Fahrzeugen - Antrag der FW-Fraktion vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 564/10
----------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.26.

TOP 3.28	Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen der Ludwigsburger Schulen - Antrag der FW-Fraktion vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 579/10
----------	--	------------------------

Beschluss:

Alle Haushaltsansätze im Jahre 2011 für die Neuanschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen an Schulen über 2.000,00 EUR/Schule werden pauschal um 40 % gekürzt. Ausnahmen sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen möglich.

betroffene Finanzposition: 2.....9350

Seite: (weiß)

Betrag: geschätzt ca. - 30.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 2 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Kromer

Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) führt aus, für Anschaffungen, die mehr als 410,-€ brutto kosteten und somit im Vermögenshaushalt veranschlagt werden müssten, meldeten die Schulen jährlich ihren Bedarf bei der Verwaltung. Für das kommende Haushaltsjahr seien insgesamt 230.000,-€ beantragt worden. Die Verwaltung habe diesen Betrag bereits auf 142.200,-€ gekürzt, was einer Einsparung von etwa 38% entspreche.

Die Stadträtinnen **Klett-Heuchert** und **Moersch**, sowie die Stadträte **Herrmann** und **Heer** sprechen sich gegen den Antrag mit der Vorl.Nr. 579/10 aus.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Bohn stellt Herr **Reichert** fest, die zentrale Anschaffung von beweglichen Vermögensgegenständen für Schulen sei vor etwa 15 Jahren im Rahmen der Budgetierung abgeschafft worden. Ferner seien im Vorfeld mit 13 Schulen intensive Gespräche in Bezug auf die Notwendigkeit des gemeldeten Bedarfs geführt worden. Bei den nun veranschlagten Mitteln sollen überwiegend Ersatzbeschaffungen getätigt werden.

EBM **Seigfried** merkt an, man wolle aktive und selbständige Schulen, wozu auch ein gewisser Handlungsspielraum mit eigener Budgetverantwortung nötig sei. Als Beispiel führt er das Jugendbegleiterprogramm an.

Stadtrat **Kirnbauer** bezeichnet die von den Schulen als Bedarf gemeldeten Mittel als Wunschliste und wertet eine Kürzung von 38 % angesichts der aktuellen Haushaltslage als zu niedrig.

EBM **Seigfried** macht deutlich, die Verwaltung prüfe die Anträge der Schulen sehr genau auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit. Zudem unterlägen die Schulen im Beschaffungswesen denselben Anforderungen, wie die Verwaltung. Auch diese seien beispielsweise verpflichtet, Vergleichsangebote einzuholen. Er betont, die Schulen bräuchten bestimmtes Material und die Stadt sei als Träger der Schulen verpflichtet, diese funktionstüchtig auszustatten.

Stadtrat Dr. **Vierling** führt an, vergleiche man die Planansätze für den Erwerb und Leasing von beweglichen Sachen des Anlagevermögens bei Schulen von 2010 und 2011 stelle man eine Reduzierung von 100.000,-€ fest. Der Antrag der FW-Fraktion sei für ihn deshalb nicht verständlich.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 579/10 zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Investitionszuschuss zum Ausbau U-3 bei nichtstädtischen Einrichtungen wird nicht wie im HH- Ansatz auf 140 T € gekürzt, sondern wird in gleicher Höhe wie 2010 weitergeführt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet, die in den Haushalt 2011 eingestellte Summe für nichtstädtische Einrichtungen beinhaltet die Baumaßnahmen in den Kindergärten Brünner Straße, Egerländer Straße und Bäderwiesen/Lange Str.

EBM **Seigfried** merkt an, es handle sich ausschließlich um Gebäude in städtischem Eigentum und somit um keine Zuschüsse an Dritte.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) macht deutlich, es sei keine Kürzung vorgenommen worden, vielmehr würden jetzt konkrete Planungen und somit auch konkrete Zahlen über die Kosten vorliegen.

EBM **Seigfried** teilt mit, nachdem das Projekt Uhlandstraße 2011 nicht realisiert werden könne, seien die Mittel wie ursprünglich vorgesehen, für 1 Gruppe im Finanzplan für 2012 eingeplant. Entscheide sich das Gremium für die in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 01.12.2010 vorgestellten Alternative in der Uhlandstraße 2 Gruppen einzurichten, sei auch der Planansatz entsprechend zu erhöhen.

Herr **Kiedaisch** meint, er könne sich vorstellen, je nach Entscheidung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales über dieses Thema, im Rahmen des Nachtragshaushalts eine Veranschlagung der nötigen Mittel vorzunehmen und die Maßnahme vorzuziehen.

Stadtrat **Herrmann** stellt fest, es gebe nach den Ausführungen der Verwaltung keine Kürzung und keine Abweichungen der Ausbaupläne. Er lehne den Antrag Vorl.Nr. 595/10 deshalb ab.

Stadtrat Dr. **Bohn** betont, es solle zu keiner Verzögerung im U3-Ausbau kommen. Er gehe davon aus, dass der Fachbereich Bildung, Familie, Sport dem Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft die, für einen raschen und bedarfsgerechten Ausbau von U3-Plätzen, nötigen Informationen und Vorlagen zur Verfügung stelle.

Stadträtin **Klett-Heuchert** merkt an, im Haushaltsplan seien keine Mittel für einen zusätzlichen Ausbau von U3-Plätzen eingeplant.

EBM **Seigfried** stellt die Planung der Schaffung von Krippenplätzen in den Jahren 2011 und 2012 in den jeweiligen Einrichtungen vor. Insgesamt werde man in diesem Zeitraum 120 Plätze schaffen. Möglicherweise könnten durch die Umwandlung von Hortplätzen noch weitere U3-Plätze gewonnen werden. Er sagt zu, die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales eine Beschlussvorlage über die Maßnahme in der Uhlandstraße einbringen.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 595/10 zur Abstimmung.

TOP 3.30	Streckung des Beleuchtungsprogramms für Sporthallen - Antrag von Stadträtin Lange vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 623/10
----------	---	------------------------

Beschluss:

Beim Beleuchtungsprogramm für Sporthallen wird der Haushaltsansatz von 90.000 Euro um 40.000 Euro auf 50.000 Euro verringert

betroffene Finanzposition: Unterabschnitt 5610-Sportstätten (Verm.HH)
Gruppierungsnummer 9440.000 (Seite 51)

Betrag: 50.000 Euro weniger 40.000 Euro

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 1 Ja-Stimme, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert, es sei davon auszugehen, dass bis 2013 die Beleuchtungsmittel in einigen Sporthallen auf Leuchtstofflampen umgerüstet werden müssten. Die Realisierung aller geplanten Umrüstungen sei in einem Jahr nicht möglich. In 2011

sei geplant einen Teil der Alleenhalle und der Halle in der Schwarzwaldstraße auszuwechseln.

EBM **Seigfried** empfiehlt keine Streckung des Beleuchtungsprogramms und stellt die Vorl.Nr. 623/10 zur Abstimmung.

TOP 3.31	Planungsrate für die Sporthalle an der Oststadtschule I - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2010	Vorl.Nr. 552/10
----------	---	-----------------

Beschluss:

Für die Sporthalle an der Oststadtschule I wird eine Planungsrate in Höhe von 15.000 Euro eingestellt.

betroffene Finanzposition: neu zu schaffen 2.5610
Betrag: 15.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft die Vorl.Nr.552/10, 572/07, 246/09, 549/09 und 568/09 zur gemeinsamen Beratung auf.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert, in den Planungsmitteln für die allgemeine Sportstättenplanung 2011 sei für die Oststadthalle eine Planungsrate von 25.000,-€ eingeplant.

Stadtrat **Kromer** führt aus, er habe kein Verständnis dafür, dass der Bau der Oststadthalle weder im Haushaltsplan noch im Investitionsplan eingestellt sei und verweist auf Vorl.Nr. 572/07 und Vorl.Nr. 246/09. Lediglich der Standort der Oststadthalle sei bisher festgelegt worden. Mit der bisherigen Sporthalle seien die Lehrplanforderungen nicht einhaltbar, weil diese nicht trennbar sei und ab Klasse 6 der Sportunterricht nach Geschlechtern getrennt erfolgen solle.

Auf Nachfrage von Stadtrat Herrmann teilt Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) mit, in der genannten Planungsrate von 25.000,-€ seien beispielsweise Kosten für Standortuntersuchungen und Gutachten, die für ein Bebauungsplanverfahren nötig werden könnten, enthalten.

Stadtrat **Herrmann** beantragt für die Sporthalle an der Oststadtschule I und die Mehrzweckhalle Oßweil jeweils eine Planungsrate in Höhe von 15.000,-€ in den Haushaltsplan 2011 aufzunehmen und den Ansatz von 25.000,-€ allgemeine Planungsmittel zu streichen.

Nach einem intensiven Meinungsaustausch über die Frage, in welcher Reihenfolge der Neubau oder die Sanierung einzelner Sporthallen erfolgen solle, einigt sich das Gremium darauf über den von Stadtrat Herrmann gestellten Antrag getrennt nach den betreffenden Hallen abstimmen zu wollen.

EBM **Seigfried** stellt die Vorl.Nr. 552/10 zur Abstimmung.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** zur Abstimmung, für den Neubau oder die Sanierung der Mehrzweckhalle Oßweil eine separat ausgewiesene Planungsrate in Höhe von 15.000,-€ in den Haushaltsplan 2011 einzustellen (Vorl.Nr. 553/10 TOP 3.36).

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt stellt EBM **Seigfried** zur Abstimmung, die ursprüngliche Planungsrate von 25.000,-€ für die allgemeine Sportstättenplanung auf 10.000,-€ zu reduzieren.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 3.32	Bau einer Oststadthalle - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.11.2007	Vorl.Nr. 572/07
----------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.31.

TOP 3.33	Neubau einer Schulsporthalle für die Oststadtschule I mit Werkrealschule - Antrag der CDU-Fraktion vom 18.05.2009	Vorl.Nr. 246/09
----------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.31.

TOP 3.34 Planungsrate für die Oststadthalle
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 549/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.31.

TOP 3.35 Oststadtschulen I und II
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 568/09

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.31.

TOP 3.36 Planungsrate für die Mehrzweckhalle Oßweil
- Antrag der CDU-Fraktion vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 553/10

Beschluss:

Im Vermögenshaushalt 2011 wird eine Rate in Höhe von 15.000 Euro eingestellt.

betroffene Finanzposition: neu zu schaffen 2.5610

Betrag: 15.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis zu TOP 3.31.

Antragstext:

Die Position Mehrzweckhalle Oßweil wird aus dem Vermögenshaushalt 2009 mit einem Betrag von 80.000 € in den Haushalt 2010 übernommen.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 3.36.

Beschluss:

Der Umbau des Tennenplatzes zu einem Kunstrasenfeld beim Fußball-Sport-Verein Oßweil e.V. erfolgt im Jahre 2011. Der Haushaltsansatz wird von 280.000 Euro um 190.000 Euro auf 470.000 Euro erhöht. Entsprechend wird im Vermögenshaushalt und im Investitionsprogramm die Reihenfolge der Maßnahmen für die Sportplätze 2011 und 2012 getauscht.

betroffene Finanzposition: 2.5610.9640.000
Betrag: 190.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer
Stadträtin Liepins

Beratungsverlauf:

Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) macht Ausführungen zur ursprünglichen und aktuellen Planung über die Reihenfolge der Sanierung von Sportplätzen.

Danach tauschen die Stadträte **Herrmann, Weiss** und Dr. **Vierling** ihre Meinungen über die Notwendigkeit des Umbaus des Tennenplatzes des FSV-Oßweil im Jahr 2011 auch hinsichtlich der

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 08.12.2010

aktuellen Haushaltslage aus.

Anschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 550/10 zur Abstimmung.

TOP 3.39

Streckung des Sportplatzprogramms
- Antrag von Stadträtin Lange vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 624/10

Beratungsverlauf:

Der Antrag hat sich durch den Beschluss der Vorl.Nr. 550/10 in TOP 3.38 erledigt.